SGK HESSEN
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.



Die Hessische Kommunale

3-2026 Oktober

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem Ende der hessischen Sommerferien haben die meisten kommunalen Gremien ihre politische Arbeit wieder aufgenommen und nun umfangreiche Tagesordnungen zu bewältigen.

Ein Thema ist dabei vielerorts die Erfahrung mit dem diesjährigen Hitzesommer. Die vielen Tage mit Temperaturen von weit über 30 °C beeinträchtigten das Leben in unseren Gemeinden und Städten massiv. Aufgrund der diesjährigen Erfahrungen müssen wir jetzt die Frage diskutieren, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Stadtplanung und die kommunalen Gebäude wie Kitas und Schulen, Seniorenheime und Krankenhäuser den neuen Bedingungen anzupassen, um für die nächsten Sommer gerüstet zu sein. Eine weitere aktuelle kommunalpolitische Fragestellung betrifft aufgrund der weltpolitischen Lage die lokale Cyberabwehr, die Sicherung der kritischen Infrastruktur und die Weiterentwicklung des Zivilschutzes.

Für diese Themenfelder werden dann auch zusätzliche Mittel aus den kommunalen Haushalten benötigt – finanzielle Mittel, die in vielen Kommunen schlicht nicht vorhanden sind.
Und da damit zu rechnen ist, dass wir weiterhin keine zusätzliche finanzielle Unterstützung von Bund und Land erhalten, um den



Foto: Hanno Benz, Landesvorsitzender SGK Hessen
© Sandra Kühnapfel

Spielraum unserer Kommunen zu verbessern, werden wir in den nächsten Monaten wieder Wege finden müssen, um die Pflichtaufgaben zu erfüllen und relevante freiwillige Leistungen zu erhalten - und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger finanziell nicht weiter zu belasten.

Als SGK Hessen wollen wir euch bei eurer kommunalpolitischen Arbeit weiter unterstützen: mit unseren Vernetzungsangeboten, Fortbildungen und der Vorstellung von Best-Practice-Beispielen, wie in der aktuellen Ausgabe.

Euer
Hanno Benz
Landesvorsitzender der SGK Hessen

IMPRESSUM: SGK HESSEN e.V. I Marktstr. 10 I 65183 Wiesbaden I 0611-360-117-4
V.i.S.d.P. Michael Siebel, Geschäftsführer

Kommunen als Basis der Demokratie stärken

Autor: Thomas Will, Landrat Kreis Groß-Gerau

Die Kommunen in Deutschland stehen mit dem Rücken zur Wand – auch wir im Kreis Groß-Gerau. Beschlüsse zu neuen Aufgaben und Strukturen, die von der Bundes- und Landesebene mit Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden gefasst werden, schnüren die Kommunen ein. Sie haben bereits alle Mühe, ihren Pflichtaufgaben nachzukommen – die unter anderem durch steigende Sozialausgaben einen immer größeren Teil der Etats auffressen.

Wenn dann noch neue Standards gesetzt werden, die nicht mit den nötigen Geldmitteln hinterlegt sind, bleibt den Kreisen, Städten und Gemeinden nur noch, Umlagen und Steuern zu erhöhen, was letztlich die Bürgerinnen und Bürger belastet. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigt dadurch, was durchaus nachvollziehbar ist.

Belastet wird aber nicht nur der oder die Einzelne. Die gesamte Gesellschaft leidet, wenn öffentliche Einrichtungen ihre Angebote reduzieren oder gar schließen müssen. Die Menschen sehen und spüren diese Verschlechterungen am eigenen Leib. Und manch einer macht „das System“ dafür verantwortlich. Das ist gefährlich für unsere Demokratie. Darum müssen wir gegensteuern. Es darf nicht sein, dass kommunales Leben auf Dauer eingeschränkt wird. Denn die kommunale Ebene ist die Basis für unser gedeihliches, friedliches Zusammenleben.

Der Kreis Groß-Gerau ist längst nicht mehr der einsame Rufer in der Wüste.



Foto: Thomas Will, Landrat Kreis Groß-Gerau
© Astheimer

Die Kommunen und ihre Spitzenverbände haben den Schulterschluss mittlerweile vollzogen. Es gab im Juni den Aktionstag „Kommunen am Limit“, es gab Gespräche der Landräte in Berlin und Aktionen in der Hauptstadt, es gab den Hilferuf vom Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte und meinen Brief an unseren Finanzminister Lars Klingbeil. Ich möchte kurz aus diesem Brief zitieren: „Die kommunalen Haushalte benötigen zunächst eine auskömmliche Finanzausstattung und die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ darf kein politisches Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss endlich wieder handlungsleitend werden – auch und gerade bei bundesgesetzlichen Regelungen. Um es konkret zu machen: Bei uns sind die Sozialausgaben von 2022 bis 2026 um 43 Prozent gestiegen. Wir haben es mit Steigerungsraten von rund zehn Prozent jährlich zu tun. Allein aus den letzten drei Jahren hat der Kreis Groß-Gerau ein kumuliertes Defizit von 73 Millionen Euro aufgebaut.

Derartige Entwicklungen lassen nur einen Schluss zu: Erst wenn die strukturellen Defizite beseitigt und die laufenden Haushalte wieder tragfähig aufgestellt sind, werden die Kommunen in der Lage sein, die vom Bund zu Recht erwarteten zusätzlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz und Daseinsvorsorge in vollem Umfang umzusetzen."

Das heißt: **Alle** Gesetze sind gut durchzufinanzieren. Es muss das Konnexitätsprinzip auch zwischen Bund und Kommunen gelten. Und der Bund muss seine Einnahmen so erhöhen, dass er neue Anforderungen entsprechend gegenfinanzieren kann.

Aktuell ist dagegen eine Einkommensteuerreform im Gespräch, die den Namen nicht verdient. Dabei ist doch genug Geld im Land! Wir müssten es nur abholen. Dabei geht es mir nicht um Jahreseinkommen im fünfstelligen Bereich. Ich denke an Menschen mit mehr als 250.000 Euro im Jahr. Dort endlich mit höheren Abgaben anzusetzen, tut niemandem weh, würde aber das Solidaritätsprinzip stärken und bewirken, dass nicht die Schwächsten in unserer Gesellschaft unter permanenten Leistungskürzungen und den Teuerungen leiden müssen.

Handlungsfähige Kommunen nach der Kommunalwahl 2026

Autor: Alexander Schaposchnikov, Referatsleiter Hessischer Städtetag

Ausgangslage: Zeitenwende

Bundeskanzler a. D. Olaf Scholz hat am 27. Februar 2022 einen beinahe parteiübergreifenden Beifall dafür erhalten, im Deutschen Bundestag die Zeitenwende der europäischen Sicherheitspolitik eingeläutet zu haben. Seiner Rede und der damit einhergehenden Veränderung der europäischen Außenpolitik ging der russische Angriffskrieg auf die Ukraine voraus, der bekanntlich am 24. Februar 2022 begonnen hat. Die Zeitenwende sollte nicht nur dem Angriffskrieg in Osteuropa gelten, sondern auch dem hybriden Krieg in Mittel- und Westeuropa. Jüngst ist der hybride Krieg in Deutschland sichtbar geworden: Eine mit Sprengstoff beladene Drohne steuerte erfolglos auf den Flughafen in Leipzig zu. Die Sicherheitsbehörden haben den Vorfall eindeutig auf den russischen Staat zurückgeführt.



Foto: Alexander Schaposchnikov © privat

Herausforderungen in Deutschland

Diese neue Situation stellt die Bundesrepublik mit Blick auf die lange Friedenszeit in Europa, die sich dadurch auszeichnete, dass potentielle Verteidigungsausgaben für andere staatliche Zwecke verwendet wurden, vor große Herausforderungen. Infolge ist die Verteidigungsfähigkeit in Deutschland durch einen großen Investitionsstau geprägt.

Dieser trifft ebenso Kommunen, die im Übrigen eine zentrale Rolle im Falle der Zivilen Verteidigung einnehmen würden. Ihre Schlüsselrolle wird ihnen durch das „Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes; ZSKG“ im Wege der sogenannten Auftragsverwaltung des Bundes (§ 2 ZSKG) verliehen. Ferner trägt das Gesetz den Kommunen konkrete Aufgaben auf, wie Selbstschutz, Warnung der Bevölkerung oder Unterhaltung der Schutzräume, §§ 5 ff. ZSKG. Zur Erfüllung dieser Aufgaben übernimmt der Bund lediglich die Sachkosten für die Anschaffung im Krisenfall, während die Kommunen die personellen und sächlichen Verwaltungskosten zu tragen haben (§ 29 ZSKG).

Obwohl die Friedensdividende auf einem einvernehmlichen Konsens beruhte, sind nun Kommunen in der Pflicht, den Bevölkerungsschutz aufzubauen. Denn für Bürgerinnen und Bürger dürften weniger politische Überlegungen von Interesse sein als die praktische Hilfe vor Ort.

Aktuelle Prozesse

Die Kommunen bereiten sich derzeit auf Hochtouren darauf vor, „vor die Lage zu kommen“. Dazu werden Pläne für die Verwaltungsstäbe sowie operative Fachkräfte vorbereitet, Notstromaggregate beschafft, Übungen durchgeführt, öffentliche Krankenhäuser auf Krisen vorbereitet, Warnsysteme ausgebaut, Schutzräume mitgedacht und vieles mehr.

Die genannte Vorbereitung gilt nicht nur der Zivilen Verteidigung, die primär vier Grundaufgaben umfasst: (1) Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, (2) Zivilschutz, (3) Versorgung und (4) Unterstützung der Streitkräfte. Sie gilt ebenso Naturkatastrophen und anderen Krisen.

Perspektive und Resümee

Zu den Perspektiven zählt der Pakt für Bevölkerungsschutz, der ein Finanzvolumen von 10 Milliarden bis zum Jahr 2029 betragen soll. Damit sollen Ausstattung (insb. THW) sowie Fortbildung finanziert werden. Diese Unterstützung lässt sich mit den Worten beschreiben: zu langsam und zu wenig. Wenn aber die Bevölkerung in den Mittelpunkt des Schutzes stehen soll, dann müssen Bund und Länder gleichermaßen – finanziell, konzeptionell und personell – Kommunen unterstützen. Entscheidend ist dabei eine nachhaltige und auskömmliche Unterstützung.

Spionage und Cyberangriffe: Warum auch Kommunen wachsam sein müssen

Nachbericht zum Vortrag von Antje van der Heide im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Zivilschutz stärken, Resilienz entwickeln – Demokratie für einen starken Staat“.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Zivilschutz stärken, Resilienz entwickeln -Demokratie für einen starken Staat“ referierte Antje van der Heide, Kreisbeigeordnete des Hochtaunuskreises, am 23. September zum Thema „Resilienz gegen staatsgefährdende Angriffe – Spionage und Cyberangriffe auf Kommunen“.



Foto: Antje van der Heide © privat

Dabei legte sie den Fokus auf nachrichtendienstliche Aktivitäten ausländischer Staaten und sensibilisierte die Teilnehmenden für die Methoden bei der Informationsgewinnung von „Mensch über Mensch“.

Uns allen ist bewusst, dass Informationen zu den bedeutendsten Währungen unserer Zeit zählen und wie unsere persönlichen Daten insbesondere im digitalen Raum gesammelt und für kommerzielle Zwecke genutzt werden. Auf welchem Weg, mit welchen Methoden und welchen Zielen aber ausländische Staaten auf unserem Staatsgebiet Informationen erheben und wie auch Politiker und kommunale Verantwortungsträger in den Fokus ausländischer Dienste geraten können, war für die Teilnehmenden dann doch eher unbekannt.

Spionage, also das Erkunden von politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Potenzialen durch einen anderen Staat mit verdeckten Mitteln, ist dabei kein Relikt des Kalten Krieges und auch keine bloße Fiktion in Romanen oder Filmen. Veröffentlichte Zahlen weisen für den Zeitraum 2010 bis 2023 383 Personen aus, die in Deutschland der Spionage, der geheimdienstlichen Agententätigkeit oder verwandter Delikte beschuldigt wurden und lassen damit erahnen, wie stark staatlich gelenkte Informationsbeschaffung in unserem Alltag verankert ist.

Demgegenüber verzeichnet das BKA in seiner Statistik sogar einen Fallzahlenanstieg von 72 Fällen in 2024 auf 474 Fälle in 2025, was als Ausdruck einer hochdynamischen internationalen Lage und des Wettlaufs der Staaten um Gewinne, Einfluss und Macht gewertet werden kann.

Auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums ist entsprechend nachlesbar, dass Deutschland aufgrund seiner Bedeutung in Europa und der NATO sowie als führender Wirtschaftsstandort ein begehrtes Aufklärungsziel ausländischer Nachrichtendienste ist. Besonders aktiv sind demnach unter anderem Nachrichtendienste aus Russland, China, Iran und der Türkei.

Weitere Informationen

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Jahresbericht 2025 und Informationen
zur Wirtschaftsspionage
www.lfv.hessen.de

Bundesamt für Verfassungsschutz
Spionage- und Cyberabwehr
www.verfassungsschutz.de

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz
www.bmi.bund.de

Bundeskriminalamt
Informationen zum Deliktsbereich Spionage
www.bka.de

Was aber hat Spionage mit uns als Bürgerinnen und Bürger, als Politikerinnen und Politiker auf kommunaler Ebene oder als Teil der kommunalen Verwaltungen zu tun?

Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste gehen häufig von diplomatischen, konsularischen, halbamtlichen Vertretungen, aber auch von hier ansässigen ausländischen Agenturen, Unternehmen oder Gesellschaften aus. Dabei sind diese so genannten Residenturen keineswegs selbst Teil der Nachrichtendienste. Nachrichtendienste nutzen derartige Einrichtungen, um Mitarbeitende unter einer „Legende“, also einer falschen Identität, zu platzieren oder zur Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei sind die wahre Identität und der tatsächliche

Hintergrund dieser „Agenten“ auch dem jeweiligen Umfeld unbekannt.

Am Beispiel des über 20 Jahre für den russischen Auslandsgeheimdienst in Deutschland tätigen Agentenehepaares Andreas und Heidrun Anschlag, wurde aufgezeigt, wie sich insbesondere die Gewinnung von Informanten vollzieht und welche möglichen Motivlagen dabei ausgenutzt werden.

Gerade die Annahme, als Person uninteressant zu sein und über keine relevanten Informationen zu verfügen, kann dabei ein Trugschluss sein. Einblicke in politische Entscheidungsprozesse, auch auf kommunaler Ebene, Kontakte zu Entscheidungsträgern, Kenntnisse staatlicher Infrastruktur oder von Verwaltungsprozessen oder schlicht die Attraktivität als persönlicher Kontakt zur Festigung einer Scheinidentität begründen bereits Anknüpfungspunkte für Nachrichtendienste.

Welche Möglichkeiten es zum Schutz sensibler Informationen für staatliche Stellen oder auch Unternehmen gibt, wo Beratungen eingeholt werden können und an wen man sich wenden kann, wenn der Verdacht aufkommt, von ausländischen Diensten ausgeforscht zu werden, wurden unter dem Oberbegriff Geheimschutz erörtert.

Spionage ist eine leise Bedrohung. Um diese Bedrohung abzuwehren bzw. unsere gesellschaftliche Resilienz zu stärken, brauchen wir eine breite Sensibilität dafür, dass es Spionage gibt und wie sie sich vollzieht.

Zur Person: Antje van der Heide
Seit 2024 Kreisbeigeordnete im Hochtaunuskreis. Zuvor war sie 34 Jahre als Polizeibeamtin bei der Hessischen Polizei tätig und erreichte den Dienstgrad der Leitenden Kriminaldirektorin. Seit 2005 war sie Führungskraft im höheren Dienst, unter anderem zehn Jahre als Leiterin von Polizeidirektionen sowie zwei Jahre in der Abteilungsleitung Extremismusbekämpfung im Bereich des Innenressorts.

emergenCITY: Wie Darmstadt krisenfester werden kann

Autor: Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK und AfK Hessen

Was passiert, wenn in einer Stadt plötzlich der Strom ausfällt? Wenn Mobilfunk, Internet und Fernsehen nicht mehr funktionieren? Wie können Menschen dann gewarnt werden, wo bekommen sie Informationen und wie können Nachbarschaften sich gegenseitig helfen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Forschungszentrum emergenCITY der TU Darmstadt. Im Mittelpunkt steht dabei ein Begriff, der angesichts von Klimawandel, Cyberangriffen, Extremwetter und anderen Krisen immer wichtiger wird: Resilienz. Eine resiliente Stadt ist nicht



Im eHUB erforscht emergenCITY Gebäude als Informations- und Notfallkommunikationshubs. Foto: Jürgen Schreiter, Darmstadt

eine Stadt, in der Krisen ausgeschlossen werden können. Sie ist eine Stadt, die mit Krisen

umgehen, ihre Folgen begrenzen und möglichst schnell wieder handlungsfähig werden kann.

Eine wichtige Rolle in diesem Forschungsansatz spielt Prof. Michèle Knodt mit ihrem Team. Knodt ist Politikwissenschaftlerin und stellvertretende Koordinatorin von emergenCITY sowie Direktorin des Anwendungs- und Transferzentrums Digital Resilience Xchange (DiReX). Ihr Forschungsbereich zeigt, dass digitale Resilienz nicht allein eine technische Frage ist. Entscheidend ist auch, wie Menschen Informationen wahrnehmen, welchen Kommunikationswegen sie vertrauen und ob sie im Krisenfall tatsächlich wissen, was zu tun ist. Genau deshalb findet die Forschung nicht nur im Labor statt, sondern mitten in Darmstadt.

Ein besonders anschauliches Beispiel steht auf dem Riegerplatz: die „Litfaßsäule 4.0“.



Litfaßsäule 4.0: Digitaler Informationspunkt für die Krisenkommunikation im Quartier. Foto: Sascha Mannel, emergenCITY

Eine seit Jahrzehnten vertraute Litfaßsäule wurde zu einem digitalen Warn- und Informationspunkt weiterentwickelt. Über LED-Anzeigen können Feuerwehr und Behörden die Menschen im Quartier informieren.

Das Besondere: Die Säule ist energieautark. Photovoltaik und eine Methanol-Brennstoffzelle ermöglichen den Betrieb auch dann, wenn bei einem länger dauernden Stromausfall andere Kommunikationswege wie Mobilfunk oder Internet ausfallen. Im Juni 2025 bestand die Säule ihren ersten Praxistest bei der Darmstädter Sirenenprobe.

Die Litfaßsäule ist dabei mehr als eine technische Spielerei. Sie steht für einen zentralen Gedanken von emergenCITY: Resilienz braucht Redundanz. Wenn ein Kommunikationsweg ausfällt, muss es andere Möglichkeiten geben, die Bevölkerung zu erreichen. Gerade in einer zunehmend digitalisierten Stadt darf die Digitalisierung nicht dazu führen, dass wir im Krisenfall besonders verletzlich werden. Michèle Knodt betont deshalb, dass es nicht darum gehen kann, alle Risiken vollständig auszuschließen. Vielmehr müssen Städte Strukturen schaffen, die auch unter schwierigen Bedingungen funktionieren und eine schnelle Rückkehr zur Normalität ermöglichen.

Doch Resilienz besteht nicht nur aus Technik. Sie braucht Menschen, die informiert und vorbereitet sind. Deshalb macht emergenCITY seine Forschung im Quartier sichtbar und erlebbar. Bei einem Rundgang mit QR-Codes können Interessierte an verschiedenen Stationen Informationen abrufen und erfahren, welche Bedeutung digitale Infrastruktur für eine krisenfeste Stadt hat. Forschung wird dadurch nicht abstrakt, sondern unmittelbar im eigenen Lebensumfeld erfahrbar.

Auch die Ausstellung des Inhalts eines Notfallrucksacks im Schaufenster von Zucker passt zu diesem Ansatz. Was brauche ich, wenn der Strom länger ausfällt? Welche Dinge sollte ich zu Hause haben? Und wie kann ich mich selbst und andere unterstützen? Solche einfachen Fragen gehören genauso zur Resilienz wie Sensoren, Funkverbindungen und digitale Warnsysteme. Vorsorge beginnt schließlich nicht erst in dem Moment, in dem eine Krise eingetreten ist.



Der Zucker-Laden auf dem Riegerplatz: Ein Ort für Austausch und Information im Rahmen von emergenCITY.
Foto: Klaus Mai

emergenCITY verbindet deshalb auf bemerkenswerte Weise Wissenschaft und Alltag. Auf dem Riegerplatz steht ein technischer Prototyp, beim Rundgang wird Forschung verständlich gemacht und im Schaufenster wird ganz praktisch gezeigt, was persönliche Vorsorge bedeutet. Dahinter steht die Arbeit von Michèle Knodt und ihrem Team, die technische Innovation mit gesellschaftlicher Forschung verbinden.

Darmstadt wird damit zu einem Reallabor für die krisenfeste Stadt. Das Entscheidende daran ist: Resilienz entsteht nicht allein durch neue Technik. Sie entsteht durch das Zusammenspiel von funktionierender Infrastruktur, verlässlicher Kommunikation, gut vorbereiteten Institutionen und einer Bürgerschaft, die weiß, wie sie sich im Krisenfall verhalten kann. Genau darin liegt die besondere Stärke des Projekts emergenCITY: Es zeigt, dass die Stadt der Zukunft nicht nur digital und smart, sondern vor allem widerstandsfähig und handlungsfähig sein muss.

Wenn Hitze zum Thema der Daseinsvorsorge wird: Ein verbindlicher Rahmen für den Hitzeschutz in Heusenstammer Kitas

Autorin: Regine Dinkelborg, Referentin für Kommunikation beim Magistrat der Stadt Heusenstamm

Heiße Sommer sind längst keine Ausnahme mehr. Kommunen stehen deshalb zunehmend vor der Frage, wie sie besonders gefährdete Menschen besser vor den gesundheitlichen Folgen extremer Temperaturen schützen können. In Heusenstamm ist der Hitzeschutz inzwischen ein Baustein der kommunalen Klimaanpassung. Einen ersten konkreten Schwerpunkt bilden die städtischen Kindertageseinrichtungen.

Zum Beginn des Kindergartenjahres 2026/2027 ist ein verbindliches Hitzeschutzkonzept für die städtischen Kitas in Kraft getreten.

Es beschreibt Maßnahmen und Verantwortlichkeiten zum Schutz der betreuten Kinder und der Beschäftigten und soll den Einrichtungen einen nachvollziehbaren Rahmen für Situationen geben, in denen hohe Temperaturen den Kita-Alltag erschweren.

Der besondere Blick gilt dabei den jüngsten Kindern. Kleinkinder können ihre Körpertemperatur noch nicht so gut regulieren wie Erwachsene, nehmen Wärme schneller auf und können Durst oder Überhitzung häufig nicht zuverlässig äußern. Deshalb sieht das Konzept für Kinder unter drei Jahren besondere Schutzmaßnahmen und niedrigere Schwellenwerte vor.

Herzstück ist ein Hitzeschutz-Stufenmodell. Grundlage sind regelmäßige Messungen in Gruppen- und Schlafräumen sowie in den Küchen. Zu festen Zeiten werden Temperatur und Luftfeuchtigkeit dokumentiert; zusätzlich wird der UV-Index berücksichtigt. Je nach Belastungssituation wird der Tagesablauf angepasst: Aktivitäten im Freien und körperlich anstrengende Angebote werden in kühlere Tageszeiten verlegt, ruhige Beschäftigungen rücken stärker in den Mittelpunkt und die Kinder werden regelmäßig zum Trinken angehalten.

Klare Grenzen gibt es insbesondere für den U3-Bereich: Schlafräume werden ab 26 Grad Celsius nicht mehr genutzt. Gibt es keine kühlen Ausweichräume, endet die Betreuung der unter Dreijährigen nach dem Mittagessen. Bei Innenraumtemperaturen zwischen 30 und 35 Grad wird eine Teil- oder Schließung geprüft. Steigt die Temperatur in Gruppen- oder anderen Innenräumen über 35 Grad, muss die betroffene Einrichtung geschlossen werden.

Zum Konzept gehören außerdem klare Kommunikationswege. Die Kitas erhalten vorbereitete Textbausteine für die Information der Eltern über die family-App – etwa bei angekündigten Hitzewellen, eingeschränkten Betreuungszeiten oder notwendigen Schließungen.



Foto: Regine Dinkelborg, Magistrat der Stadt Heusenstamm. Hinweis: Der Vordergrund wurde KI-gestützt angepasst.

Auch die Belange der Beschäftigten werden durch angepasste Arbeitsabläufe und Maßnahmen des Arbeitsschutzes berücksichtigt.

Organisatorische Regeln allein reichen allerdings nicht aus. Deshalb verbindet die Stadt das Hitzeschutzkonzept mit schrittweisen baulichen und technischen Anpassungen. Die Voraussetzungen sind von Einrichtung zu Einrichtung unterschiedlich. Priorität haben Gruppen- und Schlafräume. Zusätzliche Verschattung und geeignete Kühlmöglichkeiten gehören zu den wichtigen Ansatzpunkten.

Bereits umgesetzt wurde unter anderem eine Klimaanlage für eine Kita-Küche. Alle städtischen Kitas verfügen zudem über mobile Klimageräte. Weitere Maßnahmen, etwa zusätzliche Verschattung im Außengelände und Sonnenschutz an Fenstern, werden schrittweise umgesetzt.

Das Konzept ist noch neu; belastbare Erfahrungen über seine Anwendung gibt es daher naturgemäß noch nicht. Es ist deshalb als lernendes Konzept angelegt, das regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst wird. Auch den freien und konfessionellen Trägern wird seine Anwendung empfohlen.

Der Ansatz könnte auch für andere Kommunen interessant sein: Nicht jede Kita braucht dieselben baulichen Lösungen. Ein einheitlicher, aber an die jeweilige Einrichtung anpassbarer Rahmen kann jedoch helfen, bei großer Hitze nicht jedes Mal neu entscheiden zu müssen. Klare Messwerte, festgelegte Zuständigkeiten, vorbereitete Kommunikationswege und konkrete Handlungsschwellen sollen Sicherheit für Kinder, Eltern und Beschäftigte schaffen.

Hitzeschutz wird damit von einer Frage des individuellen Improvisierens zunehmend zu einer Aufgabe kommunaler Vorsorge – und zu einem Thema, das in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen dürfte.

Abwasserinfrastruktur in Lautertal – Verantwortung für heute und morgen

Autor: Lukas Becker, SPD, Bürgermeister der Gemeinde Lautertal (Vogelsberg)

Als Bürgermeister der Gemeinde Lautertal weiß ich, wie wichtig eine funktionierende Abwasserinfrastruktur für unsere Bürgerinnen und Bürger ist. Sie gehört zu den Aufgaben, die im Alltag selbstverständlich erscheinen und erst dann Aufmerksamkeit bekommen, wenn etwas nicht funktioniert. Gleichzeitig stehen wir als kleine, ländlich geprägte Kommune vor der Herausforderung, unsere Anlagen dauerhaft leistungsfähig zu halten und notwendige Investitionen zu finanzieren.

Dabei geht es längst nicht mehr ausschließlich um den Erhalt unserer bestehenden Infrastruktur. Ein wesentlicher Grund für den steigenden Investitionsbedarf sind auch die zunehmenden gesetzlichen Anforderungen an die Qualität des gereinigten Abwassers. Grenzwerte und Anforderungen an die Reinigungsleistung haben sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt. Anlagen, die bei ihrer Errichtung den damals geltenden Anforderungen entsprochen haben und ihren Zweck bis heute erfüllen, müssen deshalb teilweise technisch nachgerüstet oder angepasst werden. Gerade unsere Teichkläranlagen verdeutlichen dieses Spannungsfeld.



Foto: Lukas Becker, SPD Vogelsberg

Sie erfüllen grundsätzlich weiterhin den Zweck, für den sie seinerzeit errichtet wurden: Sie reinigen das Abwasser und ermöglichen eine zuverlässige Entsorgung in unseren Ortsteilen. Allerdings müssen wir uns fragen, welche zusätzlichen Anforderungen künftig erfüllt werden müssen und welche Investitionen daraus entstehen.

Unser Anspruch ist es, notwendige Investitionen umzusetzen, dabei aber immer auch die wirtschaftliche Seite im Blick zu behalten.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Modernisierung der Kläranlage Meiches. Dort wurde 2026 ein neuer Rotationstauchkörper installiert. Statt

die bestehende Anlage vollständig zu ersetzen, konnten wir das vorhandene

Grundgerüst weiterverwenden und technisch überarbeiten. Die Investition belief sich auf rund 147.000 Euro. Gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Anschaffung eines komplett neuen Gerätes konnten dadurch nach Angaben der Gemeinde mehr als 100.000 Euro eingespart werden.

Für uns ist das ein wichtiger Ansatz: Nicht jede technische Weiterentwicklung muss automatisch mit einem vollständigen Neubau verbunden sein. Wo eine vorhandene Anlage sinnvoll weitergenutzt und an neue Anforderungen angepasst werden kann, sollten wir diese Möglichkeit auch nutzen.

Gleichzeitig stehen weitere Maßnahmen an. Im Haushalt 2026 sind unter anderem 243.000 Euro für die Kanalsanierung im Zuge der Ortsdurchfahrt Hopfmannsfeld und 100.000 Euro für Phosphatfällungsanlagen vorgesehen.

Bei unseren Investitionsentscheidungen betrachten wir zunehmend auch die laufenden Kosten. Gerade Kläranlagen benötigen dauerhaft Energie. Deshalb können Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien langfristig ebenso wichtig sein wie die eigentliche technische Modernisierung.

So ist unter anderem für die Kläranlage Engelrod eine Photovoltaikanlage mit Stromspeicher vorgesehen. Die Gesamtinvestition beträgt rund 74.000 Euro, wovon 42.000 Euro durch das Land Hessen gefördert werden. Solche Maßnahmen helfen uns, den eigenen Energieverbrauch stärker abzudecken und gleichzeitig die laufenden Kosten zu reduzieren.

Die vielleicht schwierigste Frage ist jedoch eine andere: Wie können wir als kleine Kommune die immer höheren Anforderungen erfüllen, ohne die Gebührenzahler finanziell zu überfordern?

Wir stehen dabei nicht grundsätzlich höheren Umwelt- und Gewässerschutzstandards entgegen. Saubere Gewässer und eine zuverlässige Abwasserreinigung sind für uns selbstverständlich. Gleichzeitig müssen wir aber offen darüber sprechen, dass jede zusätzliche technische Anforderung auch zusätzliche Investitionen verursacht. Diese Kosten müssen am Ende von einer vergleichsweise kleinen Zahl von Einwohnern getragen werden.

Deshalb beschäftigen wir uns auch mit der langfristigen Struktur unserer Abwasserentsorgung. Untersucht wurde unter anderem, ob die heute vorhandenen kleineren Anlagen teilweise durch größere, zentrale Lösungen ersetzt werden könnten. Eine solche Neuordnung würde allerdings erhebliche Investitionen erfordern. In einer untersuchten Variante wurde ein Investitionsvolumen von rund 15 Millionen Euro ermittelt.

Damit stehen wir vor einer schwierigen Abwägung: Welche Lösung ist technisch sinnvoll, welche ist ökologisch nachhaltig und vor allem: Welche ist für unsere Gemeinde und unsere Bürgerinnen und Bürger langfristig finanzierbar.

Aus meiner Sicht muss kommunale Infrastrukturpolitik deshalb immer beides leisten: Wir müssen unsere Anlagen erhalten und weiterentwickeln, dürfen dabei aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde nicht aus den Augen verlieren.

Die bestehenden Teichkläranlagen haben über Jahrzehnte zuverlässig ihren Dienst getan. Dass sie aufgrund veränderter gesetzlicher Anforderungen weiterentwickelt werden müssen, ist

eine Herausforderung, der wir uns stellen. Gleichzeitig sollten wir bei jeder Investition kritisch prüfen, ob sie technisch notwendig, wirtschaftlich vertretbar und langfristig nachhaltig ist. Unser Ziel in Lautertal ist deshalb eine Abwasserinfrastruktur, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht, unsere Gewässer schützt und gleichzeitig für unsere Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt.

Für eine kleine ländliche Kommune ist das keine einfache Aufgabe. Es ist aber eine Aufgabe, bei der wir mit Augenmaß, wirtschaftlichem Denken und einem klaren Blick auf die kommenden Generationen handeln müssen.

Transformation statt Tristesse, Stadthof statt Stillstand

Autor: Stadt Hanau

Hanau macht‘s (mal wieder) anders. Während andernorts geschlossene Warenhäuser eine traurige Nachricht aussenden, Investoren ausbleiben und der Verfall voranschreitet, hat die Brüder-Grimm-Stadt den Spieß umgedreht. Sie hat den ehemaligen Kaufhof am Marktplatz einfach selbst gekauft und als Stadthof neu aufleben lassen. Anstelle Tristesse gibt es nun Kultur und Bildung, Begegnung und Handel, Leben und Aktionen, preisgekröntes Design und Architektur. Der Stadthof Hanau ist ein Leuchtturm der Innenstadt-Transformation.

Am 13. März 2023 gab der Galeria-Kaufhof-Konzern die Schließung von bundesweit mehr als 50 Kaufhäusern, darunter auch die der Hanauer Galeria-Filiale, bekannt. Noch am selben Tag erklärte die Stadt, dass sie das 1957 erbaute Haus mitten im Herzen der Brüder-Grimm-Stadt selbst kaufen wolle, damit keine Innenstadt-Brache entsteht. Nach einstimmigem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2023 erfolgte im März 2024 die Übernahme des Gebäudes durch die Stadt. Nur ein Jahr später erfolgte am 13. März 2025



Foto: Stadt Hanau, Moritz Göbel

die Eröffnung des nun als „Stadthof Hanau“ firmierenden Gebäudes.

Im ersten Schritt wurde das Erdgeschoss mit multifunktionaler Konzeption und Nutzung entwickelt. Individuell gestaltete „Schollen“ bieten Laden- und Gastroflächen für noch unbekannte Marken, frische Geschäftsideen und mutige Unternehmerinnen und Unternehmer, die Handel neu denken. Als „atmendes System“ wechselt das Angebot immer wieder: um neue Impulse zu setzen und zum Wiederkehren einzuladen. Experimentieren und sich ausprobieren ist ausdrücklich erwünscht.

Die Agora, das Herzstück des Erdgeschosses, hat sich schnell als ein fester Anker der Hanauer Veranstaltungsszene etabliert. Vom regelmäßigen Freien-Spielen-Angebot für Kinder über Podiumsdiskussionen, Spielenachmittagen und Pokemon-Stammtischen bis hin zu Konzerten und Kino-Vorstellungen lässt sich nahezu täglich etwas Neues erleben.



Foto: Stadt Hanau, Moritz Göbel

Etabliert hat sich der Stadthof auch als Heimat für publikumsstarke Ausstellungen. Im ersten Obergeschoss waren zunächst die „Körperwelten“ zu Gast. Aktuell ist dort auf rund 2.000 Quadratmetern „House of Banksy Hanau – An Unauthorized Exhibition“ zu sehen. Als „Magnete und Frequenzbringer“ bezeichnet Oberbürgermeister Claus Kaminsky die Ausstellungen und wird bestätigt: Mit dem Start der „Körperwelten“-Schau wurden signifikante Steigerungen der Einstellzahlen in den Parkhäusern und Ein- und Ausstiege bei den Bussen gemessen. Auch der Einzelhandel rund um den Stadthof berichtet von spürbar positiven Effekten durch gestiegene Frequenzen.



Foto: Stadt Hanau, Moritz Göbel

Und die Erfolgsgeschichte geht weiter. Zuletzt konnten die Hanauer Verantwortlichen verkünden, dass mit Decathlon ein internationaler Sportartikel-Konzern das gesamte Untergeschoss mieten und den angrenzenden Marktplatz mit Sportveranstaltungen beleben wird.

Hanau glaubt an die Kraft der Innenstadt und sorgt mit Kreativität, Entschlossenheit und vor allem Mut dafür, dass an jedem Wochenende Aktionen, Veranstaltungen und Märkte stattfinden, die Menschen aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet anziehen. Der Stadthof ist die konsequente Fortführung der Hanauer Erfahrungen und Anstrengungen der vergangenen Jahre - und ist noch lange nicht fertig. Diverse Auszeichnungen, wie der BrandEx-Award, der German Design Award und die Aufnahme als Best Practice des Projektpools „Stadtimpulse“, bestätigen den eingeschlagenen Weg.

Der Bürgermeister, der nie schläft

Wie die Gemeinde Büttelborn zur ersten Kommune Deutschlands mit einem KI-Bürgermeister-Avatar wurde

Autor*innen: Nicole Knecht, Gemeinde Büttelborn, Stefan Klink, Entwickler des Avatars

Über 100 Fragen in der Woche. 400 bis 500 im Monat – seit Monaten konstant. Rund um die Uhr, in 28 Sprachen, ohne Mittagspause. Der Bürgermeister von Büttelborn beantwortet seit Ende 2025 Bürgeranfragen – als digitaler Zwilling. Büttelborn ist damit die erste Kommune in Deutschland, die einen KI-gestützten Avatar ihres Bürgermeisters einsetzt.

Eine Gemeinde geht voran

„Ich wollte nicht nur mitreden, wenn es um Digitalisierung geht – ich wollte vorangehen. Dass der Avatar aussieht und klingt wie ich, war mir wichtig: Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, dass ihr Bürgermeister erreichbar ist. Auch nachts, auch am Wochenende“, sagt Bürgermeister Marcus Merkel, SPD.

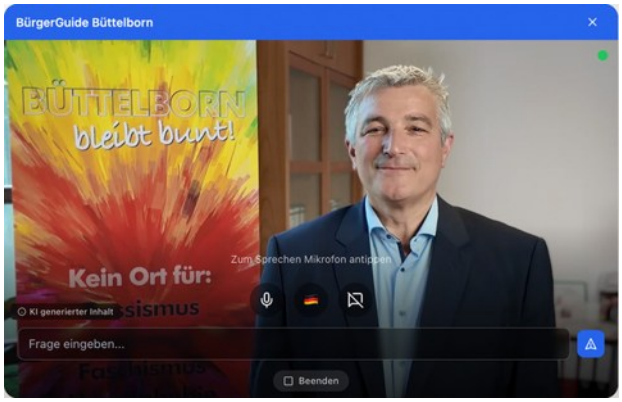


Foto: KLINK AI Consulting

Auf die Idee kam die Gemeinde gemeinsam mit Stefan Klink, der ebenfalls in Büttelborn lebt und sich seit mehr als zwei Jahren mit Künstlicher Intelligenz beschäftigt. „Ich wollte keine Spielerei, sondern etwas, das der Gemeinde wirklich Arbeit abnimmt“, sagt Klink.

Merkel entschied sich, die Technologie als Erster in Deutschland einzusetzen. So hat es angefangen.

Was der Avatar kann – und was nicht

Der digitale Zwilling sieht aus wie Marcus Merkel, spricht wie er – und antwortet ausschließlich aus der Wissensbasis der Gemeinde. Öffnungszeiten, Gebühren, wie man einen Termin für den Personalausweis bekommt, wann in Worfelden die blaue Tonne geleert wird: alles öffentlich zugängliche Information, die sonst über Webseite, Telefon oder Amtsweg läuft. Erfunden wird nichts, weggelassen auch nicht – der Avatar greift ausschließlich auf offizielle, von der Gemeinde hinterlegte Daten und Quellen zurück.

Das Grundsystem wird in Deutschland und der EU gehostet, alles wird DSGVO-konform abgebildet.

Die Wissensbasis wird laufend gepflegt: Als sich vor einigen Wochen die Öffnungszeiten der Gemeinde änderten, musste das entsprechend nachgezogen werden. Ein Avatar ist eben nur so aktuell wie die Daten, die hinter ihm liegen.

Wie es in der Gemeinde ankommt

Seit dem Start standen vier Kamerateams in Büttelborn, von HR über RTL bis Reuters. Der Bürgermeister wird inzwischen immer wieder auf der Straße angesprochen – „Bist du der Echte oder der Avatar?“ ist mittlerweile ein Running Gag in der Gemeinde.

An einem Tag lagen die Anfragen bei über 1.000, in den ersten Wochen nach dem Start sogar bei über 5.000. Inzwischen hat sich das eingependelt: über 100 pro Woche, konstant.

Genutzt wird der Avatar unterschiedlich. Ein Teil der Fragen kommt erkennbar von außerhalb – Leute, die einfach mal ausprobieren wollen, was der Avatar so drauf hat, und nach Einwohnerzahl oder Freizeittipps fragen. Der andere Teil sind echte Verwaltungsfragen: Sperrmüll anmelden, Reisepass beantragen, Mülltermine. Bei Sperrmüll liefert der Avatar direkt den passenden Link zur Anmeldeseite mit.

Aus der Verwaltung dazu Nicole Knecht, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Büttelborn: „Die Standardfragen laufen jetzt über den Avatar. Das gibt uns am Telefon und am Empfang Luft für die Anliegen, die ein persönliches Gespräch brauchen."

Entlastung, kein Ersatz

Der Avatar ersetzt niemanden in der Verwaltung. Er soll die immer gleichen Fragen abfangen, damit die Kolleginnen und Kollegen Zeit für die Fälle haben, die wirklich ein Gespräch brauchen. Genau so ist der Avatar in Büttelborn positioniert und eingesetzt.

Interessant ist, wie unterschiedlich Kommunen das Thema angehen können. Bei einem anderen laufenden Projekt hat sich eine Verwaltung bewusst gegen den Bürgermeister als Gesicht entschieden – und stattdessen die Mitarbeiterin gewählt, die ohnehin die Telefonanfragen entgegennimmt. Beide Wege funktionieren. Es kommt darauf an, wer in der jeweiligen Kommune grundsätzlich die erste Anlaufstelle ist.

Und wenn es schiefgeht?

Ein System, das ausschließlich aus einer gepflegten Wissensbasis antwortet, kann nicht „halluzinieren" wie ein offener Chatbot – es kann aber veraltet sein, wenn die Pflege hinterherhinkt. Bei individuellen Anliegen, die eine echte Prüfung durch die Verwaltung brauchen, verweist der Avatar konsequent auf den persönlichen Kontakt. Er ist ein zusätzlicher Kanal, kein Ersatz für Anruf, E-Mail oder den Gang ins Rathaus.

Was das für andere Kommunen bedeutet

Seit dem Medienecho im Frühjahr gibt es Anfragen aus mehreren hessischen Kommunen, die Ähnliches planen. Ein Punkt, der dabei häufig übersehen wurde: Hessen hat Digitalisierungsvorhaben in Kommunen zuletzt mit 70 bis 90 Prozent gefördert – auch für den Einsatz eines digitalen Avatars. Die Antragsfrist dafür lief bis zum 15. September 2026. Kommunen, die sich für das Thema interessieren, sollten aktuell prüfen, ob es eine Anschluss- oder neue Fördermöglichkeit gibt.

Büttelborn war der erste Versuch. Er wird nicht der letzte bleiben.

Infobox - Bürgermeister-Avatar Büttelborn

- **Live** seit: Ende 2025
- **Sprachen:** 28
- **Nutzung:** über 100 Fragen pro Woche, 400–500 im Monat
- **Wissensbasis:** ausschließlich offizielle Gemeindedaten, gehostet in Deutschland und der EU, DSGVO-konform
- **Förderung:** Land Hessen förderte vergleichbare Digitalisierungsvorhaben zuletzt mit 70–90 Prozent (Antragsfrist 15.09.2026) – aktuelle Fördermöglichkeiten bitte prüfen
- **Weitere Infos:** https://www.buettelborn.de/

Mehr als ein Ehrenamt: Warum Fraktionsmittel und Aufwandsentschädigungen kommunalpolitische Arbeit ermöglichen

Autor: Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK und AfK Hessen

Kommunalpolitik lebt vom Engagement der Menschen, die sich in Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen, Kreistagen und ihren Fraktionen einbringen. Sie berateten Haushalte, diskutieren Bauvorhaben, beschäftigen sich mit Schulen, Kitas, Verkehr, sozialer Infrastruktur oder Klimaschutz. Sie führen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, besuchen Einrichtungen, lesen Vorlagen und bereiten Sitzungen vor. Vieles davon geschieht nach Feierabend, am Wochenende oder in den wenigen freien Stunden, die neben Beruf und Familie bleiben.

Trotzdem wird kommunalpolitische Arbeit häufig unterschätzt. Das liegt auch daran, dass ein großer Teil dieser Arbeit unsichtbar bleibt. Wer nur die öffentliche Sitzung sieht, sieht nur einen kleinen Ausschnitt. Hinter einem Redebeitrag von wenigen Minuten können Stunden der Vorbereitung stehen. Hinter einem Antrag können zahlreiche Gespräche, Recherchen und Abstimmungen liegen. Demokratie entsteht nicht erst im Sitzungssaal – sie braucht kontinuierliche Arbeit im Hintergrund.

Aufwandsentschädigung ist keine Bezahlung für ein politisches Mandat

Vor diesem Hintergrund kommt der Aufwandsentschädigung eine wichtige Bedeutung zu. Sie ist grundsätzlich kein Gehalt und soll kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht für ihre politische Überzeugung „bezahlen“.



Foto: Michael Siebel, Geschäftsführer SGK und AfK Hessen
© SGK/AfK Hessen

Sie soll vielmehr einen Teil des Aufwands ausgleichen, der mit einem kommunalen Mandat verbunden ist.

Dazu gehören beispielsweise Fahrtkosten, Kommunikationskosten, Arbeitsmaterialien oder andere Ausgaben, die durch die Wahrnehmung des Mandats entstehen. Während die Erstattung von Fahrkosten und Verdienstausfall gesetzlich geregelt wird, ist die Gewährung von Aufwandsentschädigung allerdings eine freiwillige Angelegenheit, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung jede Kommune für sich regeln muss. Vor allem aber hat eine Aufwandsentschädigung auch eine symbolische Funktion: Sie macht deutlich, dass die Gesellschaft die Zeit und das Engagement ihrer gewählten Vertreterinnen und Vertreter anerkennt.

Diese Wertschätzung ist nicht nebensächlich. Wer regelmäßig nach einem langen Arbeitstag noch Sitzungen besucht, Anträge vorbereitet,

Gespräche führt und sich in komplexe kommunale Themen einarbeitet, investiert Zeit und Energie. Eine angemessene Aufwandsentschädigung signalisiert: Diese Arbeit ist für unsere Demokratie wichtig und sie soll nicht davon abhängen, ob jemand es sich finanziell leisten kann, sie auszuüben.

Denn genau hier geht es um eine demokratische Frage. Wenn kommunalpolitisches Engagement dauerhaft mit erheblichen finanziellen Belastungen verbunden ist, kann es sich vor allem für Menschen mit hohem Einkommen, flexiblen Arbeitszeiten oder ausreichend finanziellen Spielräumen lohnen. Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Selbstständige oder Beschäftigte mit wenig Gestaltungsspielraum werden dagegen eher abgeschreckt. Das wäre für die Demokratie fatal.

Fraktionsmittel sind wichtig

In größeren Kommunen erhalten Fraktionen eigene Mittel, um ihre Arbeit tun zu können. Fraktionen benötigen Ressourcen, um ihre politische Arbeit sachgerecht leisten zu können. Sie müssen Sitzungsunterlagen auswerten, Anträge und Anfragen vorbereiten, Informationen recherchieren, Klausuren durchführen und kommunalpolitische Themen fachlich bearbeiten. Je komplexer die Aufgaben einer Kommune werden, desto anspruchsvoller wird auch die Arbeit der Kommunalpolitik.

Fraktionsmittel kommen deshalb nicht einzelnen Mandatsträgern zugute, sondern sie unterstützen die Funktionsfähigkeit der Fraktionen. Sie ermöglichen beispielsweise organisatorische Arbeit, politische Recherche, Veranstaltungen oder die fachliche Vorbereitung von Entscheidungen – selbstverständlich im Rahmen der jeweils geltenden rechtlichen und kommunalen Regeln.

Das ist keine Privilegierung, sondern eine Voraussetzung dafür, dass gewählte Vertreterinnen und Vertreter ihre Kontroll-, Beratungs- und Entscheidungsfunktion gegenüber Verwaltung und Bürgermeister professionell wahrnehmen können. Eine leistungsfähige Verwaltung verfügt über hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Fachämter und umfangreiche Sachkenntnis. Ehrenamtliche Kommunalpolitiker müssen demgegenüber häufig ihre politische Arbeit neben ihrem Beruf organisieren. Fraktionsmittel können helfen, dieses strukturelle Ungleichgewicht zumindest teilweise auszugleichen.

Und die „Kommunalparlamente“ haben auch etwas davon, denn Fraktionen bereiten die Beratung von Tagesordnungspunkten intern vor und strukturieren sie. Sie sorgen für kompetente Beiträge und strukturieren die Debatte und das Abstimmungsverfahren.

Transparenz und Verantwortung gehören zusammen

Natürlich müssen Aufwandsentschädigungen und Fraktionsmittel transparent, nachvollziehbar und rechtssicher ausgestaltet sein. Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran zu wissen, wie öffentliche Mittel verwendet werden. Klare Regeln, transparente Haushalte und eine regelmäßige Rechenschaft sind deshalb unverzichtbar.

Diese Transparenz ist schon dadurch gewährleistet, dass diese Mittel nur für Ausgaben getätigt werden, die in einer Liste, die das Hessi-

sche Innenministerium entwickelt hat, aufgeführt sind. Diese Liste ist in der Geschäftsstelle der SGK abrufbar.

Wichtig ist, dass bei der Fraktionsförderung die Arbeit und die Geschäftsführung der Fraktion unterstützt wird und keine versteckte Parteienfinanzierung darstellt.

Die entscheidende Frage sollte deshalb nicht lauten: „Was bekommen Politiker?“ Sie sollte lauten: „Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit möglichst unterschiedliche Menschen kommunalpolitische Verantwortung übernehmen können?“

Demokratie darf kein Hobby für wenige sein

Eine lebendige Demokratie braucht Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen und Lebenssituationen. Junge Menschen ebenso wie Ältere, Beschäftigte ebenso wie Selbstständige, Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen. Wenn kommunalpolitisches Engagement faktisch zum Hobby für diejenigen wird, die über genügend Zeit und finanzielle Möglichkeiten verfügen, verliert die Kommunalpolitik einen wichtigen Teil ihrer gesellschaftlichen Vielfalt.

Deshalb sollten wir über Aufwandsentschädigungen und Fraktionsmittel sachlich diskutieren. Sie sind kein Selbstzweck und schon gar kein persönlicher Vorteil. Richtig ausgestaltet sind sie ein Instrument, um kommunalpolitische Arbeit zu ermöglichen, ihre Qualität zu sichern und den Zugang zu politischen Ämtern offenzuhalten.

Wer Demokratie will, muss auch ihre Arbeit organisieren und finanzieren. Und wer kommunalpolitisches Engagement ernst nimmt, sollte anerkennen, dass hinter jeder Sitzung, jedem Antrag und jeder politischen Entscheidung Menschen stehen, die einen erheblichen Teil ihrer Zeit für das Gemeinwesen einsetzen.

Eine angemessene Aufwandsentschädigung ist deshalb nicht nur Kostenerstattung. Sie ist auch ein Zeichen der Wertschätzung. Fraktionsmittel sind nicht einfach Geld für Politiker, sondern eine Investition in die Arbeitsfähigkeit der kommunalen Demokratie. Beides zusammen trägt dazu bei, dass kommunalpolitisches Engagement nicht vom Geldbeutel abhängt, sondern möglichst vielen Menschen offensteht.

TERMINE

27. Oktober 2026, 19.00 – 21.00 Uhr, Online
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) -
Projekt „Kommunen und Krisen“ mit **Kathrin Seiter,**
Referentin im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt

29. Oktober 2026, 19.00 – 21.00 Uhr, Kongresshalle Gießen
„Wie die AfD die Demokratiebildung abschaffen will“
mit **Prof. Dr. Benno Hafeneger,**
Extremismusforscher

11. November 2026, 12:00 – 13:00 Uhr
„Mit einer Wohnraumbedarfsanalyse bezahlbaren Wohnraum schaffen, wo er gebraucht wird“
mit **Marion Götz**
Kreisbeigeordnete des Wetteraukreises

Veranstaltungshinweise von Rhein.Main.Fair e.V.

27. Oktober 2026, 15:30 – 16:30 Uhr, Online
„Gastronomiebetriebe für Fairtrade gewinnen – Strategien, Argumente, Werkzeuge“
Ein Online-Workshop von Rhein.Main.Fair e.V. mit Fairtrade Deutschland

4. November 2026, 13:00 – 17:00 Uhr, Universität Marburg
„Kommunale Entwicklungspolitik erfolgreich kommunizieren: Strategien und Argumente“
Ein Workshop des Rhein.Main.Fair e.V.
Veranstaltungsort: Universität Marburg

Die Termine der Veranstaltungen sind auch auf der Homepage der SGK unter www.sgk-hessen.de zu finden. Anmeldungen sind unter info@sgk-hessen.de möglich.

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.
Weiterbildung für Kommunale
Marktstraße 10 65183 Wiesbaden
Homepage: afk-hessen.de
Information und Anmeldung:
info@afk-akademie.de
0611-360-117-6

Bildungsangebote nach der Kommunalwahl

Anmeldung und Informationen: afk-hessen.de
QR-Code zur Webseite:

Bildungsurlaube

(550 € mit ÜN EZ · 450 € ohne ÜN)

Kommunalpolitik für den Einstieg und Interessierte
19.–23.10.2026 | Sportjugend Wetzlar

Führung
09.–13.11.2026 | JH Wiesbaden

Mit Gelassenheit handeln bei Konflikten, Zeitdruck und Verantwortung
Selbstführung in Beruf, Ehrenamt und Kommunalpolitik stärken
23.–25.11.2026 | JH Bad Hersfeld

Online-Seminare

(20 € pro Termin)

Souveräne Sitzungsleitung, neu
14.10.2026

Erfolgreich bleiben mit Netzwerken und Bürgernähe
20.10.2026

Wirtschaftliche Betätigung in der Kommune
21.10.2026

Social-Media-Strategien in der Kommunalpolitik
28.10.2026

Personal Branding, mit Persönlichkeit sichtbar werden
18.11.2026
Generationenkonflikte in der kommunalpolitischen Arbeit, neu
03.12.2026

Intensivkurs

(200 € mit ÜN im EZ und VV)
Arbeiten mit dem kommunalen Haushalt (u.a. Doppik, Finanzen)
25.–26.10.2026 | BIZ Gladenbach

Präsenzseminar

(25 €)
Klarheit nach innen, Wirkung nach außen – Kommunikation mit Mitgliedern und Öffentlichkeit
18.11.2026 | SPD-Parteihaus Frankfurt

Alle Themen auch als Inhouse-Seminar möglich – Angebot auf Anfrage unter:

info@afk-akademie.de oder 0611-360 117 06